



## DPoIG NRW: Landeskongress 2015

# DPoIG NRW – stets zu Diensten

Vom 25. bis zum 27. März 2015 wird in Dortmund über die zukünftigen Aufgaben und Vorstellungen der DPoIG NRW und ihrer Mitglieder beraten und debattiert. Zur Vorbereitung des Kongresses tagen am 25. März bereits die Mitglieder des Landesvorstandes. Gemeinsam mit den wahlberechtigten Delegierten aus den Kreisverbänden wird am 26. und 27. März unter anderem die Satzung der DPoIG NRW überarbeitet und einige Anträge zu berufspolitischen, sozialen und ethischen Fragen beraten.

Ein Schwerpunkt des Kongresses werden die Wahlen zum Landesvorstand sein. Der bisherige Landesvorsitzende Erich Rettinghaus wird auch wieder zur Wahl stehen und sich dem Votum der Delegierten stellen. Über die Zukunft der DPoIG NRW sprach der POLIZEISPIEGEL mit Erich Rettinghaus:

**POLIZEISPIEGEL (P.S.):** Erich, wie beschreibst Du die letzten fünf Jahre für die DPoIG NRW?

**Erich Rettinghaus:** Direkt zu Beginn der letzten Wahlperiode wurden wir von mehreren großen, zum Teil dramatischen

Ereignissen überrascht. Da war zum einen die Katastrophe der Loveparade, deren Aufarbeitung noch bis in die heutige Zeit nachwirkt. Zum anderen, weniger überraschend, aber trotzdem ereignisreich, der Castor-Transport 2010. Hier waren wir als Vorstand der DPoIG NRW direkt gefordert. Aber auch andere Themen beschäftigten uns: entlassene Sexualstraftäter, die unter Beobachtung standen; Forderungen nach einer besseren Disanzwaffe, dem Taser; Facebook-Partys, die ausufernten und für die Kollegen vor Ort zu großen Problemen wurden. Besonders problematisch wurden und werden aber auch die „täglichen“ Einsatze – insbesondere für die geschlossenen Einheiten: Demonstrationen werden immer gewalttätiger, Fußballschlachten, nicht die auf dem Rasen, laufen immer häufiger aus dem Ruder und die Hooligans haben nun über Vereinsgrenzen hinweg einen gemeinsamen Feind ausgemacht: die Polizei. Alle diese Themen beschäftigen die Kolleginnen und Kollegen. Das ist für eine gute Berufsvertretung das Betätigungsfeld, um Verbesserungen, sei es Ausstattung, aber auch den politischen Rückhalt, einzufordern.

**P.S.:** Du kandidierst auf dem Landeskongress wieder zum Landesvorsitzenden. Wie siehst Du die Zukunft der DPoIG NRW?

**Erich Rettinghaus:** Neben den schon beschriebenen „Alltagsproblemen“, die uns mit Sicherheit auch weiterhin beschäftigen werden, wollen wir natürlich größer und stärker werden. Hier setzt zum Beispiel unsere derzeitige Werbe-

kampagne an: Wir bieten den Kolleginnen und Kollegen einen rundum gelungenen Schutz und Betreuung. In den Kreisverbänden vor Ort werden die Kolleginnen und Kollegen optimal betreut, die Absprache und der kurze Draht zu den Kreisverbänden sind mir besonders wichtig! Hier sind wir die Ansprechpartner für die Arbeit vor Ort und bieten unserer Unterstützung in jeder Hinsicht an. Das passt auch zu unserem diesjährigen Motto zum Landeskongress: DPoIG NRW – stets zu Diensten. Sowohl wir vom Landesvorstand übertragen dies auf die Kreisverbände, aber auch die Kreisverbände und die hier gewählten Vertreter der DPoIG übertragen dies auf die Mitglieder, unsere Kolleginnen und Kollegen.

**P.S.:** Auf dem Landeskongress werden die politischen Forderungen für die kommenden Jahre beschlossen. Welche Themen stechen denn da hervor?

**Erich Rettinghaus:** Es werden nach jetzigem Stand über 50 Anträge aus den verschiedensten Bereichen beraten. Da wird es sowohl um die Verbesserung der Ausrüstung gehen, aber auch um die Forderung nach finanzieller Verbesserung. So behandelt ein Antrag die Forderung nach Einführung einer Auskunftssperre für den operativen Dienst. Diese Forderung resultiert aus den immer größeren Gewaltexzessen gegenüber den Kolleginnen und Kollegen. Aber auch die Anträge zur Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage oder zur besseren Absenkung der Lebensarbeitszeit sind interessante Themen.

**P.S.:** Mit dem Vorsitzenden wird ja auch der komplette



> Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender seit 2010

Landesvorstand auf dem Kongress neu gewählt. Wie wird denn der Vorstand in den nächsten Jahren aussehen?

**Erich Rettinghaus:** Ich weiß natürlich nicht, wie die Wahlen auf dem Kongress ausgehen, aber der bisherige Landesvorstand hat schon vorgearbeitet und eine gute Mannschaft zusammengestellt, die sich dem Votum der Delegierten stellen wird. Durch das – altersbedingte – Ausscheiden von Klaus Grützmann und Horst Pirog, die beide dem geschäftsführenden Landesvorstand seit 1989 angehörten, wird natürlich eine Veränderung im geschäftsführenden Vorstand erforderlich. So wird sich Frank Mitschker zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden zur Wahl stellen. Die bisherige Beauftragte für Frauenfragen und Gleichstellung, Sabrina Deiter, wird ebenso wie Sascha Gerhardt, der bisher im Landesvorstand zuständig für Beamtenrecht war, für den geschäftsführenden Landesvorstand kandidieren. Die bisherigen weiteren Mitglieder (Wolfgang Orscheshek, Jürgen Franke, Gerhard Vieth und Peter Feldbrügge) des gLV werden wieder kandidieren. Ich bin überzeugt, so eine gute Mannschaft zu haben, mit der wir die nächsten fünf Jahre gut arbeiten können.

**P.S.:** Herzlichen Dank für das Gespräch, wir wünschen dem Kongress einen guten Verlauf!

### Impressum:

Redaktion:

Peter Feldbrügge (v. i. S. d. P.)

Tel. 02832.80319

Fax 02832.899995

E-Mail: [redakteur@dpolig-nrw.de](mailto:redakteur@dpolig-nrw.de)

Landesgeschäftsstelle:

Dr.-Alfred-Herrhausen-Allee 12

47228 Duisburg

Tel. 02065.701482

Fax 02065.701483

Internet: [www.dpolig-nrw.de](http://www.dpolig-nrw.de)

Fotos: Fotolia, Eduard Fiegel,

MEV, Friedhelm Windmüller

ISSN 0723-1822



## Personal

# Trendwende in Nordrhein-Westfalen

Endlich werden mehr Polizisten eingestellt! Nordrhein-Westfalen will mehr Personal bei Polizei und Verfassungsschutz einstellen in den kommenden Jahren. Innenminister Ralf Jäger kündigte an, dass bei der Polizei bis 2017 zusätzlich 385 Stellen geschaffen werden, beim Verfassungsschutz 25.

Der stellvertretende Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen, Klaus Grützemann, lobt die Entscheidung der Landesregierung: „Das ist endlich das richtige Signal in einer Zeit, in der die Sicherheitsbehörden aufgrund von Terrorgefahr, einer steigenden Zahl von Demonstrationen, der permanenten Sicherung von Fußballspielen und der alltäglichen Kriminalitätsbekämpfung personell am Limit agieren. Damit wird Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht.“

Das Konzept des Ministeriums sieht dabei im Einzelnen so aus:

1. Verstärkung der Fahndungsgruppe Staatsschutz um 90 Polizeivollzugsbeamte (PVB) in 2015 und 2016; möglichst schnelle und zeitnahe Umsetzung. Dazu soll das Landeskriminalamt ein Konzept erstellen. Die zusätzlichen Stellen sollen auf mindestens zwei Standorte aufgeteilt werden.

Diese Stellenbesetzungen können sowohl durch Ermittlungsbeamte als auch durch PVB A 9–11, die mindestens ein Jahr Wachdienst absolviert haben, vollzogen werden.

2. Sofortige Unterstellung von drei Mobilien Einsatzkommandos (MEK) für die ausschließliche Aufgabenwahrnehmung; Terrorismusbekämpfung.

Diese MEK sollen an den bisherigen Standorten (möglicherweise Köln, Düsseldorf und Dortmund) verbleiben, aber dem LKA unterstellt werden. Außerdem sollen in den Jahren 2016/2017 neue MEK aufgebaut werden, um den Stand zu verfestigen.

3. Verstärkung der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung des Polizeilichen Staatsschutzes, insbesondere in den Kriminalhauptstellen, vorwiegend mit Personal aus den Kommissariaten der übrigen Kriminalitätsbekämpfung. Hierbei sollen 60 PVB ihren Aufgabenbereich ändern.

4. Weitere 50 PVB sollen die Auswertung und Analyse im Bereich der Staatsschutzermittlungen, der Telekommunikationsüberwachung und der Tatortgruppe Sprengstoff/Brand verstärken.

5. Außerdem sollen bis zu 100 PVB den Personen- und Objektschutz verstärken.

Während die Punkte 1 bis 4 kurzfristig umgesetzt werden sollen, werden für den Personen- und Objektschutz keine akuten Verstärkungsbedarfe gesehen.

Diese Verlagerungen von Schwerpunkten sollen in den kommenden Jahren durch zusätzliche Einstellungen aufgefangen werden.

Bis diese Neueinstellungen allerdings greifen, vergehen nun einmal immerhin drei Jahre. So lange dauert die Ausbildung für die Polizei. Bis dahin werden aber auch die anderen Themen nicht weniger werden: Die Einbruchskriminalität soll weiter verstärkt bekämpft werden und mit umfangreichen Sondereinsätzen begleitet werden. Fußballspiele müssen auch weiterhin mit hohem Personalaufwand begleitet werden. Die Demonstrationskultur in Deutschland befindet sich auf einem hohen Level. Auch hier werden viele Einsatzstunden aufgebracht werden müssen. Ganz zu schweigen vom alltäglichen „Wahnsinn“ auf den Straßen. Es wird

höchste Zeit, hier über eine Aufgabenkritik zu reden! Wer Schwerpunkte setzt, muss auch die anderen Bereiche ausdünnen, dazu gehört auch, die Aufgaben zu reduzieren!

Aber bisher steht Nordrhein-Westfalen fast alleine da. Während NRW das Personal aufstockt, wird in anderen Bundesländern weiter am Personal gespart. Die DPoIG fordert, dass sehr schnell auch andere Bundesländer dem Beispiel des bevölkerungsreichsten Bundeslandes folgen. DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Die Zeit ist überreif, dass der Personalabbau bei der Polizei gestoppt und eine Trendwende eingeleitet wird. Gerade die neuen Bundesländer sind jetzt gefordert, ihren Kahl-schlag bei der Polizei zu beenden, der massiv dazu beigetragen hat, dass in den letzten zehn Jahren über 10 000 Stellen weggefallen sind. Die letzten Wochen haben verdeutlicht, dass Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern wie in Sachsen nur mithilfe von Polizisten aus anderen Bundesländern geschützt werden können. Das darf so nicht weitergehen. Die verantwortlichen Politiker müssen jetzt klug und entschlossen handeln. Personalaufwuchs lautet die Parole der Stunde, denn Deutschland hat kein Organisationsproblem, sondern ein Kapazitätsproblem.“



# Verkehrsunfallentwicklung Nordrhein-Westfalen 2014

Von Wolfgang Blindenbacher,  
Vorsitzender der DPoIG-Kommission Verkehr

Im Jahre 2014 verunglückten mehr als 77 000 Menschen auf den Straßen in Nordrhein-Westfalen, sieben Prozent mehr als 2013. Die Zahl der Verkehrstoten erhöhte sich im Verhältnis zum Vorjahr um mehr als acht Prozent auf 520. Dazu stellte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, fest: „Trotz der aktuellen Herausforderungen ‚Internationaler Terrorismus‘ und ‚Kriminalitätsaufkommen‘ gebieten diese Zahlen, der Verkehrssicherheit auch weiterhin hohe Aufmerksamkeit zu widmen. Denn der Polizei geht es bei ihren Aktivitäten auf den Feldern Verkehrsprävention, Verstoßrepression und Öffentlichkeitsarbeit darum, auch hier Menschenleben zu retten und Verletzte zu vermeiden.“

Zu den Hauptunfallursachen gehörte wieder die nicht angemessene Geschwindigkeit, der insgesamt 170 Menschen zum Opfer fielen, das bedeutet 13 Prozent mehr als im Jahr 2013. Immer noch stirbt also fast jeder Dritte, weil zu schnell gefahren wird. Daher soll auch der „24-Stunden-Blitzmarathon“ fortgesetzt werden. Dabei setzt die Polizei Radar- und eine Vielzahl von Lasergeräten ein. Jede Messung mit einem Lasergerät führt zum Anhalten, wenn denn zu schnell gefahren worden ist. Das Anhalten ermöglicht sodann das verkehrspädagogische Gespräch mit dem Fahrzeugführer und die Überprüfung, ob er gegebenenfalls alkoholisiert beziehungsweise drogenbeeinflusst ist; darüber hinaus können gelegentlich bei dieser Kontroll-

art auch nicht angegurtete Fahrzeuginsassen festgestellt werden. Auch europaweit ist die Geschwindigkeit der „Killer Nr. 1“ im Straßenverkehr. Im letzten Jahr fielen in Europa rund 26 000 Menschen der unangemessenen Geschwindigkeit zum Opfer. In manchen Staaten betrug der Anteil der Geschwindigkeitstoten an der Gesamtzahl bis zu 50 Prozent. Daher soll der nächste „24-Stunden-Blitzmarathon“ nicht nur gemeinsam mit den Ländern in Deutschland, sondern erstmalig auch mit mehr als 20 Staaten in Europa durchgeführt werden.

Auch bei den sogenannten „schwachen Verkehrsteilnehmern“, den Fußgängern, den Radfahrern und den Kindern, gab es Zuwächse. Die Zahl der getöteten Fußgänger stieg dabei um mehr als fünf Prozent auf 115. Insgesamt verunglückten 7 870 Fußgänger, das ist rund ein Prozent mehr als im letzten Jahr. Die Zahl der verunglückten Radfahrer ist um mehr als acht Prozent auf rund

16 000 gestiegen; 68 von ihnen starben – das sind zwölf mehr als im Vorjahr. Besonders tragisch: 16 Kinder starben auf nordrhein-westfälischen Straßen (Vorjahr: 13), 6 439 verunglückten (das ist ein Anstieg um 1,4 Prozent).

Positiv verlief die Entwicklung bei den 18-jährigen Fahranfängern. Die Zahl der Verunglückten sank um rund zwei Prozent auf 849; die Zahl der Verkehrstoten bei dieser Gruppe blieb bei fünf. Neben der Einführung des Alkoholverbots für Fahranfänger und dem „Begleiteten Fahren“ entfaltet offenkundig auch das bundesweit einmalige Projekt „Crash Kurs NRW“ nachhaltige Wirkung. Junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren sind aber immer noch überproportional häufig an schweren Unfällen beteiligt. Bei einem Bevölkerungsanteil von nur acht Prozent verursachen sie gut 16 Prozent der schweren Unfälle, mehr als 18 Prozent aller Pkw-Unfälle. Bei der Zielgruppe der Senioren gab es eine unerfreuliche Entwicklung: Die Zahl der Verkehrstoten stieg um annähernd

zehn Prozent auf 159, die der Verletzten um circa neun Prozent auf mehr als 9 200 und die der Schwerverletzten sogar um 13 Prozent auf über 2 300.

Neben der Bekämpfung der bekannten Hauptunfallursachen wird mit Sorge beobachtet, dass sich Pkw-Fahrer, Radfahrer und Fußgänger zunehmend ablenken lassen. Smartphones spielen dabei eine bedeutsame Rolle. Wer das Verkehrsgeschehen durch Blick auf das Display seines Mobilfunkgerätes nur für einen Augenblick ausblendet, kann sehr schnell Opfer eines Verkehrsunfalls werden. Die Polizei ist deshalb aufgerufen, noch intensiver gegen diese Entwicklung vorzugehen. Erich Rettinghaus führt dazu aus: „Da im Verkehrsbereich der weitaus größte Teil der Verkehrsunfälle durch menschliches Fehlverhalten verursacht wird, sind diese Unfälle auch grundsätzlich vermeidbar. Es muss also gelingen, den Menschen diesen Zusammenhang klarzumachen, um eine Verhaltensänderung zu bewirken!“



## Das Interview

# Neuer Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei

**Polizeispiegel:** Professor Lange, nun sind Sie ein halbes Jahr im Amt und haben sicher schon einen guten Überblick über die Herausforderungen gewonnen, denen sich die DHPol gegenüber sieht. Welche sind das im Einzelnen?

**Prof. Lange:** Ich habe die ersten zwei Monate genutzt, um mit allen Organisationseinheiten und nahezu allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sprechen. Auf diesem Weg konnte ich mir ein umfassendes Bild der DHPol verschaffen und erste Weichenstellungen vornehmen, um die Hochschule strukturell auf die Reakkreditierung durch den Wissenschaftsrat in drei Jahren vorzubereiten.

**Polizeispiegel:** Beim Stichwort Reakkreditierung geht es aber doch nicht nur um die Hochschule als Organisation. Der Masterstudiengang steht nach unserer Information auch zur Reakkreditierung an.

**Prof. Lange:** Das ist richtig. Wir haben 2014 den Bescheid bekommen, was sich am Masterstudiengang ändern muss, damit er für weitere sieben Jahre, also bis zum Jahr 2020, akkreditiert werden kann.

**Polizeispiegel:** Was genau hat die Akkreditierungsagentur für Auflagen ausgesprochen?

**Prof. Lange:** Erfreulicherweise sind es nicht sehr viele Auflagen, wenngleich es die drei Auflagen in sich haben, da sie die Struktur des Masterstudiengangs auf den Prüfstand stellen. Zum Glück hat aber die Hochschule bereits in ihrem

Hochschulentwicklungsplan das Vorhaben einer Curriculumrevision verankert, sodass diese Herausforderung nicht unvorbereitet kam.

Im Einzelnen sind es folgende Auflagen. Die DHPol soll zukünftig die Evaluation der Lehre in allen neun dezentralen Studiengemeinschaften verantworten und durchführen. Das ist insofern eine Herausforderung, als wir nun mit den Studiengemeinschaften entsprechende Vereinbarungen treffen müssen. Seit einigen Jahren ist dieses Verfahren aber in der Studiengemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland eingeführt. Wir erwarten, dass wir Mitte 2015 mit allen neun Studiengemeinschaften Kooperationsvereinbarungen geschlossen haben. Bezogen auf das Curriculum müssen wir darauf achten, dass alle Module die Mindestgröße von 5 ECTS-Punkten haben. Das bedeutet, dass kleinere Module fusionieren, dafür gibt es bereits tragfähige Vorschläge, die dazu führen, dass sich für die Studierenden die Prüfungslast reduziert, da sich die Zahl der Pflichtmodule verringert. Die größte Herausforderung beinhaltet die Auflage, Wahlpflichtmodule für die Studierenden anzubieten.

**Polizeispiegel:** Wahlpflichtmodule, die gab es bislang im Masterstudiengang noch gar nicht. Wie müssen wir uns die Struktur des Studiums mit diesem neuen Element vorstellen?

**Prof. Lange:** Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass sich an der Zielsetzung des Studienganges und der Fächer

nichts Grundlegendes ändert. Es ist vielmehr so, dass die Pflichtmodule geringfügig in ihrem Umfang reduziert werden und für die frei werdenden Stunden zusätzliche Module im zweiten Studienjahr, wir gehen von insgesamt 14–16 Modulen aus, konzipiert werden können. Die Studierenden bekommen damit die Chance, sich in zwei Phasen ihres Studiums vertiefend mit den Inhalten des Masterstudienganges zu beschäftigen. Der Vorteil liegt darin, dass sich die Studierenden zusammenfinden, die sich wirklich für die Details einer Fragestellung und eines Faches interessieren und sich ganz intensiv mit den Themen beschäftigen wollen, nun endlich dazu Zeit und Gelegenheit bekommen. Die Ergebnisse der Evaluation des Masterstudienganges und der Absolventenbefragung zeigen uns, dass das genau den Wünschen der Studierenden entspricht.

**Polizeispiegel:** Besteht aber nicht die Gefahr, dass zu wenig Stunden in den Pflichtmodulen zur Verfügung stehen, um eine solide Basis für die Führungsaufgaben zu schaffen?

**Prof. Lange:** Diese Sorgen kann ich nicht teilen. Bei genauer Betrachtung finden sich im Curriculum immer noch Redundanzen, diese haben die Lehrenden identifiziert und bereinigt, sodass der Verzicht auf ECTS-Punkte nicht zulasten der Inhalte geht. Zudem tragen die Module und Fächer die Hauptlast, die mit einem großen Stundenanteil im Masterstudiengang vertreten sind und diese Stellung auch zukünftig behalten, trotz der Ab-



> Hans-Jürgen Lange

gabe von Stunden. Bei einer Analyse der geplanten Verschiebungen zeigt sich, dass maximal 2,5 Prozent des bisherigen Stundenvolumens aus der Einsatzlehre abgegeben werden und 0,8 Prozent von der Verkehrslehre bzw. 0,9 Prozent von der Führungslehre. Wir sprechen damit von Stundenverlagerungen zwischen 90 und 30 Veranstaltungsstunden.

**Polizeispiegel:** Die Sorge besteht ja wohl vor allem in der Verkehrslehre, dass mit der Bereitstellung eines ECTS-Punktes für den Wahlpflichtbereich und damit verbunden die Reduktion der Pflichtlehre um 30 Veranstaltungsstunden die Kerninhalte der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit nicht mehr vermittelt werden können.

**Prof. Lange:** Nun bin ich Politikwissenschaftler und mit Sicherheit kein Experte für die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit. Aber als Hochschullehrer mit langjähriger Lehrerfahrung weiß ich, dass es natürlich eine große Herausforderung ist, wichtige Inhalte in begrenzter Zeit zu vermitteln. Das Prinzip des exemplarischen Lernens ist eine große didaktische Herausforderung, kein Zweifel. Wenn Sie aber be-



denken, dass für einen ECTS-Punkt in den Pflichtmodulen zehn ECTS-Punkte im Wahlpflichtbereich, auch für die Verkehrslehre zur Verfügung stehen. Diejenigen Studierenden, die sich vertiefend mit der Verkehrslehre und der Verkehrssicherheitsarbeit auseinandersetzen möchten und dies nicht nur auf der Grundlage von Basiswissen, die bekommen dazu dann die Gelegenheit. Darüber hinaus darf auch nicht vergessen werden, dass neben der Vermittlung von Inhalten in der Lehre die Studierenden die

Gelegenheit haben, sich sehr intensiv in ihrer Masterarbeit mit der Verkehrslehre und ihren Inhalten zu beschäftigen. Es wäre sicher zu kurz gegriffen, die Verkehrslehre auf die beiden Module im Masterstudiengang zu reduzieren.

**Polizeispiegel:** Mit bisher nur acht ECTS-Punkten ist die Verkehrslehre auch schon im bisherigen Masterstudium nicht besonders umfangreich vertreten, obwohl es sich um eine Kernaufgabe der Polizei handelt.

**Prof. Lange:** Die Bedeutung der Verkehrssicherheitsarbeit und der Verkehrslehre für die Führungskräfte und deren Arbeit will ich nicht in Zweifel ziehen. Ich kann aber als Präsident der DHPol die Ergebnisse und Rückmeldungen unserer Studierenden und Absolventen nicht außer Acht lassen. Sie fordern seit Jahren die Reduzierung der Verkehrslehre und die Stärkung der Führungslehre. Beiden Zielen können wir nicht innerhalb des Pflichtcurriculums in gleicher Weise entsprechen, denn mehr als 120 ECTS-

Punkte können wir in einem zweijährigen Master nicht vergeben. Die Führungslehre hat sogar zwei ECTS-Punkte zugunsten des Wahlpflichtangebots bereitgestellt, um im Wahlpflichtangebot projektbezogene Angebote machen zu können, die den Transfer des theoretischen Wissens in die berufliche Praxis ermöglichen. Diesen Weg sollte die Verkehrslehre für sich ebenfalls prüfen.

**Polizeispiegel:** Herzlichen Dank für das informative Gespräch. ■

## Jahreshauptversammlung Kreisverband Steinfurt

Am 6. Februar fand nach einem Seminar die Jahreshauptversammlung des KV Steinfurt statt. Der Kreisverbandsvorsitzende Torsten Roreger konnte gut die Hälfte der Mitglieder des Kreisverbandes begrüßen.

In seinem Grußwort hat der Leiter der Direktion GE, PD Westphal, ebenfalls DPoIG-Mitglied, als sachkundiges Mit-

glied Stellung bezogen zu der Problematik der Rüstzeiten und auch zum Thema Zukunft der lebensälteren Kollegen im Wach- und Wechseldienst. Der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus gab Infos über Neuerungen auf Landesebene weiter.

Im Rahmen der JHV wurden zwei Mitglieder für ihre lang-

jährige Mitgliedschaft geehrt. Der Kollege Hermann-Josef Pöpping konnte auf eine 25-jährige Mitgliedschaft zurückblicken und der Kollege Klaus Knaup wurde für seine 40-jährige Mitgliedschaft geehrt. Klaus Knaup hatte den KV Steinfurt gegründet und hat über viele Jahre als KV-Vorsitzender dessen Geschichte geleitet, Klaus geht nun

in diesem Jahr in Pension. Erich Rettinghaus und der aktuelle KV-Vorsitzende Torsten Roreger gratulierten Klaus und Hermann Josef herzlich zu ihren Jubiläen.

In der anschließenden JHV wurde Torsten Roreger als KV-Vorsitzender und Klaus Rensmann als Kassierer wiedergewählt. ■

## Kreisverband Hagen

# Tagesseminar und Jahreshauptversammlung

In diesem Jahr fand das bereits als traditionell zu bezeichnende Tagesseminar des DPoIG-Kreisverbandes Hagen am 16. Januar statt.

Wie in den Vorjahren hatte der Kreisverband Hagen wieder in die Katholische Akademie Schwerte eingeladen. Der Kreisverbandsvorsitzende Stephan Volberg konnte zur Eröffnung des Seminars den Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus und 30 Mitglieder des Kreisverbandes Hagen begrüßen.

Erich Rettinghaus informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausführlich über die zurzeit aktuellen Gewerkschaftsthemen.

Während seines Vortrages bestanden genügend Möglichkeiten, Fragen zu stellen.

Als nächstes informierte der Kollege Helmut Schulz in seinem Vortrag „Altersvorsorge“ über die Themen Erbrecht, Pflegerecht, Betreuungsrecht, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen fand die alljährliche Kreisverbandsversammlung statt.

Im Rahmen dieser Versammlung wurde über eine neue Kreisordnung informiert, diskutiert und letztlich auch verabschiedet.

Unter Beachtung der neuen Kreisordnung fanden anschließend die Wahlen des Kreisvorstandes statt.

Daraus ergibt sich für das Geschäftsjahr 2015

folgender Kreisvorstand:

- > Kreisvorsitzender: Stephan Volberg
- > Stellvertretender Kreisvorsitzender: Uwe Schwien
- > Geschäftsführer: Helmut Schulz
- > Stellvertretende Geschäftsführerin: Tanja Malz
- > Kassierer: Margit Bock

Hinzukommen die vier Beisitzer (Vertrauensleute der vier Direktionen) sowie die Vertreterin der JUNGEN POLIZEI. ■

## Tarifverhandlungen 2015

5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175 Euro mehr lautet die Forderung des dbb beamtenbund und tarifunion für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder, die am 16. Februar 2015 startete. Auszubildende sollen eine Entgelterhöhung von 100 Euro monatlich erhalten und dauerhaft übernommen werden. Das Tarifergebnis soll zudem zeit- und inhaltsgleich auf die 2,2 Millionen Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen werden. Das beschlossene Bundestarifkommission und Bundesvorstand des dbb am 18. Dezember 2014 in Berlin.

### Die Kernpunkte der dbb-Forderung im Überblick:

- Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro

- Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 100 Euro monatlich
- Laufzeit zwölf Monate
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte

Aus der Erfahrung ist aber leider auch bekannt: So einfach werden die Tarifverhandlungen nicht werden! Die öffentlichen Kassen sind leer und insbesondere die Ländervertreter werden vehement gegen einen aus ihrer Sicht zu hohen Tarifabschluss votieren. Dazu kommt noch, dass gerade hier in Nordrhein-Westfalen auf die Aussagen der Landesregierung – insbesondere der Ministerpräsidentin – kein Pfifferling zu setzen sind. Wir alle haben noch die vollmundige Aussage von Frau Kraft im Ohr:

„Natürlich sind mir auch die schmerzlichen Einschnitte bei der Besoldung in den zurückliegenden Jahren bewusst. Diese sind jedoch – so sehr ich mir das auch wünschen würde – angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte nicht von einem auf den anderen rückgängig zu machen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Landesregierung keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft plant.“ (Zitat aus dem Brief vom 16. November 2011 von Frau Kraft, an den damaligen Vorsitzenden des DBB NRW, Meinolf Guntermann). Dieser Brief entsprang der Feder von Frau Kraft als sie gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen im Lande eine Minderheitsregierung führte. Das Ergebnis dieser Aussage wirkte ja noch lange nach. Erst durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und anschließend durch den Verfassungsgerichtshof des Landes wurde die Landesregierung aufgefordert, die Besoldung aller Beamten zu verbessern.

Nun wird bereits seit dem 16. Februar in Berlin wieder verhandelt. Jetzt beginnt wieder der Kampf auch von der allgemeinen Entwicklung der Gehälter zu partizipieren. Daher rufen der DBB NRW und die DPoIG NRW schon jetzt zur ersten Kundgebung auf. Alle Kolleginnen und Kollegen, egal ob tarifbeschäftigt oder beamtet, alle sind aufgefordert, nach Düsseldorf zu kommen. Hier vor dem Landtag wollen wir unsere Forderung laut kundtun! Bereits jetzt muss der Politik, aber insbesondere der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, deutlich gemacht werden: Wir wollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt werden! Wir wollen auch unseren Lebensstandard steigern! Auch wir wollen der heimischen Wirtschaft Gutes tun und in Neues investieren! Aber das geht auch nur mit neuem Geld!

**Kommt nach Düsseldorf!  
Alle!**

# Bereits jetzt vormerken: Donnerstag, 12. März 2015





# Spendenübergabe der JUNGEN POLIZEI NRW

Am 6. Februar 2015 fand der offizielle Termin der Spendenübergabe der JUNGEN POLIZEI NRW statt. Marcel de Sain traf sich in seiner Funktion als 1. stellvertretender Landesjugendleiter mit Natalie Neuburger von der Kindertageseinrichtung „Sommersprossen“ und Frau Köhler von der Deutschen Knochenmarkspenderdatei (DKMS) in Köln.

Rückblick: Am 8. Oktober 2014 fand in der Kölner Diskothek ROONBURG erstmals

Eintrittsgelder für wohltätige Zwecke spenden. Traditionell werden die Eintrittsgelder der



die bereits bundesweit stattfindende BLAULICHTPARTY auch in NRW statt. (POLIZEI-SPIEGEL berichtete in der Ausgabe November 2014).

Mit um die 400 Besuchern aus den Bereichen Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Krankenhäusern wurde bis in die frühen Morgenstunden gefeiert – und das alles für einen guten Zweck.

Dank der Kooperationspartner und Sponsoren Debeka und BB Bank konnte die JUNGE POLIZEI NRW die gesamten

BLAULICHTPARTY an örtliche gemeinnützige Einrichtungen des Veranstaltungsortes spendet.

In Köln fand im Oktober 2014 der Startschuss der bundesweiten DKMS-Typisierung Aktion auf allen bundesweiten BLAULICHTPARTYS statt. 40 junge Kolleginnen und Kollegen nahmen die Chance wahr, und registrierten sich kostenlos vor der großen Party im VIP-Bereich der Kölner ROONBURG.

Somit freute es uns als JUNGE POLIZEI, dass wir am 6. Fe-

bruar einen Scheck in Höhe von 700 Euro der DKMS überreichen konnten. Frau Köhler der DKMS von Köln: „Das Geld wird dringend für die Laboruntersuchungen benötigt. Es ist schön, dass neben den eingegangenen neuen potenziellen Stammzellenspendern, die JUNGE POLIZEI uns eine solche Summe zukommen lässt.“

Anschließend suchte Marcel die Kita „Sommersprossen e. V.“ in Köln-Rodenkirchen auf. Bei dieser Kindertagesstätte handelt es sich um eine integrative Einrichtung, die durch die tägliche Arbeit des pädagogischen Teams auf individuelle Bedürfnisse der Kinder eingeht. „Hier wird Integration gelebt“, so Frau Natalie Neuburger von der Kita Sommersprossen. „Wir hätten niemals mit einer Spende der Deutschen Polizeigewerkschaft gerechnet. Umso mehr erfreut es uns, einen schönen Betrag von 400 Euro zu erhalten. Die Summe werden wir für Neuanschaffungen im Be-

reich unseres in Köln einzigartigen Motorikzentrums der Turnhalle verwenden.“

Insgesamt konnte die JUNGE POLIZEI NRW durch die Eintrittsgelder 1.100 Euro spenden und sagt nochmals D-A-N-K-E an alle Kolleginnen und Kollegen, Besucherinnen und Besucher der ersten BLAULICHTPARTY 2014 in NRW.

Marcel verspricht zudem: „Für das Jahr 2015 haben wir gleich zwei weitere Partys in Planung. Wir wollen versuchen, das Partykonzept neben Köln, auch in Wuppertal zu etablieren. Es bleibt also abzuwarten, wie die künftigen Partys angenommen werden.“

Die Termine und genauen Örtlichkeiten werden zeitnah bekannt gegeben und beworben. Wir hoffen auf den Beginn einer Erfolgsgeschichte der BLAULICHTPARTY in NRW.

Eure JUNGE POLIZEI NRW.



## > Beitragsanpassung

Nach der nunmehr erfolgten Gehaltserhöhung auch für die Besoldungsgruppen A11 und höher erfolgt nun satzungsgemäß die notwendige Beitragsanpassung. Diese wird erstmalig zum neuen Quartal abgebucht. Für die Mitglieder in den Besoldungsgruppen bis einschließlich A10 ändert sich der Mitgliedsbeitrag nicht. ■



Fotos: Jürgen Otto

## Jahreshauptversammlung Kreisverband Hamm

### Jürgen Froese tritt in die Fußstapfen von Horst Pirog

Bei der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) fand ein Generationswechsel im Vorstand statt: Mit Jürgen Froese und Ralf Krämer folgen zwei stellvertretende Vorsitzende den aus den Ämtern scheidenden Horst Pirog und Jörg Droste.

Bei der Hauptversammlung der 150 Mitglieder zählenden DPoIG Hamm wurden kräftig die Vorstandsstühle in neue Positionen gerückt. Denn auch die stellvertretende Schatzmeisterin Angelika Vertgewall und der Rechtsschutzbeauftragte Jens Rüdiger Wolf traten in die Mitgliederreihen zurück. Alle Wahlen verliefen einstimmig, was der wiedergewählte Vorsitzende Roland Borgert als starkes Zeichen der Geschlossenheit wertete. So setzt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen: Roland Borgert (Vorsitzender), Jürgen Froese und Ralf Krämer (beide stell-

vertretende Vorsitzende), Kevin Hiller (Geschäftsführer), Thomas Stasiak (stellvertretender Geschäftsführer), Karl-Heinz Reiber (Schatzmeister), Kai Peters (stellvertretender Schatzmeister), Christian Stach (Kreisjugendleiter) und Andreas Kiemes (stellvertretender Kreisjugendleiter). Neue Rechtsschutzbeauftragte sind Udo Kleist und Ralf Krämer.

Mit dem Rücktritt von Horst Pirog, der auch der noch amtierende Personalratsvorsitzende beim Polizeipräsidium Hamm ist, geht ein langjähriger auch auf Landesebene erfahrener Gewerkschafter von Bord. Jürgen Froese rückt in seine Ämter vor Ort nach, sowohl als stellvertretender Kreisverbands- als auch als Personalratsvorsitzender. Dieser bat die Mitgliedschaft um Unterstützung und Mitarbeit, denn nur so könne Gewerk-

schafts- und Personalvertretungsarbeit erfolgreich sein. Mit seiner Forderung „Nicht übereinander, sondern miteinander reden“ traf er den Wunsch vieler Gewerkschaftsmitglieder in Hamm.

**Die DPoIG Hamm ist da auf dem richtigen Weg, denn aus dem Mauerblümchen von einst ist die führende Kraft beim Polizeipräsidium in Hamm geworden.**

Das bestätigte auch der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus, der die DPoIG in Hamm als Paradebeispiel für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit, das gilt auch für die Personalratsarbeit, betrachtet. Der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus ging in seinem Referat auf die

aktuelle politische Lage in Nordrhein-Westfalen im Fokus der Beamenschaft ein. Er mahnte zu Anstrengungen, denn ausgerechnet die Beamten hätten keinen guten Stand bei der amtierenden Landesregierung. Das beweise vor allem der Entwurf des neuen Landeshaushaltes, der einen dicken Batzen an Einsparungen bei der Polizei und vor allem bei der Besoldung keinen Finanzierungsansatz für die Umsetzung anstehender Tarifverhandlungen vorsehe. „Das zeigt die mangelnde Wertschätzung der Landesregierung für ihre Beamten“, stimmte Rettinghaus auf harte Verhandlungen ein. Er forderte die Unterstützung der Gewerkschaftsmitglieder bei anstehenden Protestveranstaltungen ein. „Innere Sicherheit kostet Geld“, stellte Erich Rettinghaus fest. ■

